

Coronavirus Keine weiteren Infektionen gemeldet

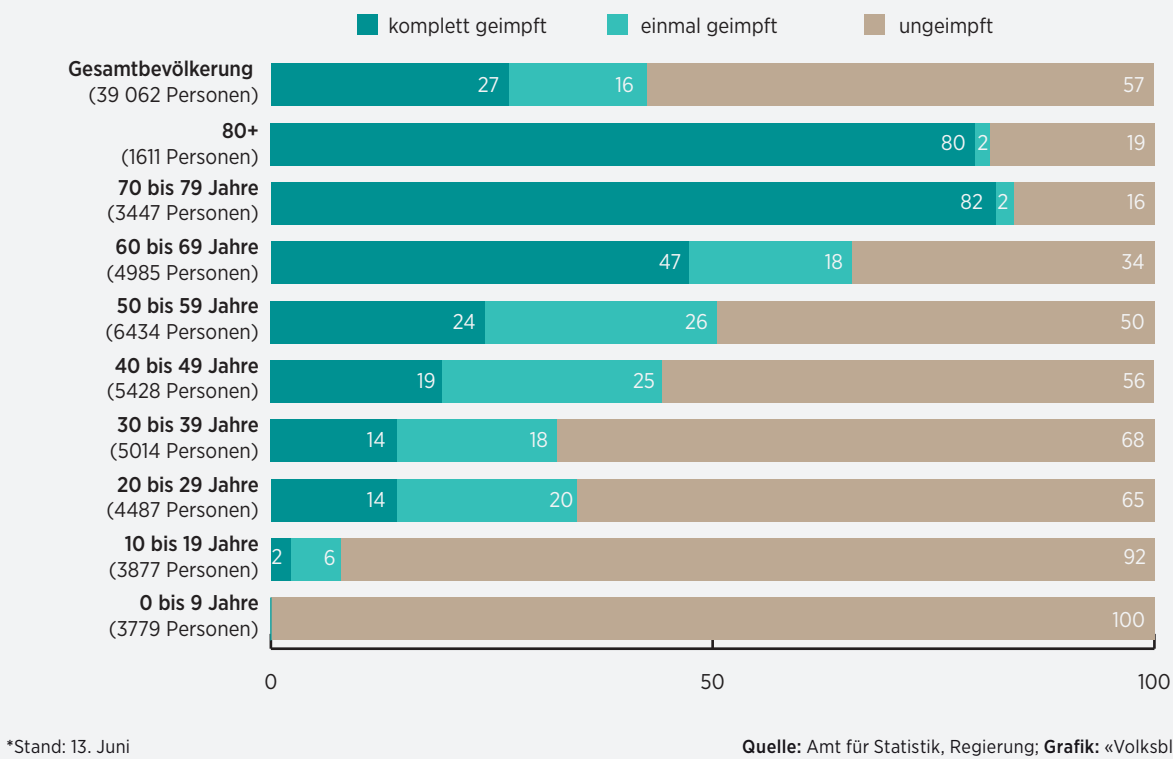
VADUZ Es bleibt weiterhin ruhig: Sowohl am Sonntag als auch am Montag wurden keine weiteren Personen positiv auf das Coronavirus getestet, wie die Regierung am Dienstag mitteilte. Damit liegt die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie bei 3026 laborbestätigten Infektionen. Bislang traten 59 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. Zwei erkrankte Personen sind hospitalisiert (Stand: Montagabend). 2954 erkrankte Personen sind in der Zwischenzeit wieder genesen, somit gelten 13 Personen als aktiv infiziert. Gegenwärtig befinden sich 3 enge Kontaktpersonen in Quarantäne. Der Schnitt der letzten sieben Tage liegt bei 0,6 neuen Infektionen pro Tag. Die 14-Tages-Inzidenz, die jeweils zum internationalen Vergleich berechnet wird, beläuft sich demnach auf 36 Infektionen hochgerechnet auf 100 000 Einwohner. Die 7-Tage-Inzidenz liegt bei 10 Infektionen pro 100 000 Einwohnern. (red/ikr)

Sonnenplatz-Referendum Noch fehlen viele Unterschriften

TRIESEN Das Sonnenplatz-Referendum der DpL benötigt noch einiges mehr an Unterschriften, damit es zu einer Volksabstimmung kommen kann. Das erklärte DpL-Präsident Thomas Rehak bereits am Montag gegenüber Volksblatt.li. Der Rücklauf an Unterschriftenbögen halte sich in Grenzen. Zwar bleibt noch Zeit bis zum 24. Juni, bis dahin müssen aber rund 470 stimmberechtigte Einwohner von Triesen unterschrieben haben. Denn bis spätestens 26. Juni muss Thomas Rehak alle Unterschriftenbögen bei der Gemeinde einreichen. «Da liegt sicher noch einiges an Arbeit vor uns. Ich bitte daher alle, die eine Abstimmung wünschen, möglichst bald zu unterschreiben», so Rehak. Die Unterschriftenbögen können auf der Webseite der DpL bezogen werden. Nachdem die DpL-Ortsgruppe Triesen am 6. Juni das Referendum gegen die Gestaltung des «Sonnenplatzes» ergriffen hatte (das «Volksblatt» berichtete), seien positive wie negative Rückmeldungen eingegangen. Insbesondere Fragen betreffend WC-Anlagen seien eingegangen. «Viele wollten wissen, ob denn im geplanten Einkaufszentrum ein öffentliches WC zur Verfügung stehen wird. Diese Frage müsste man wohl an die Bauherren richten, in meinen Augen ist ein WC aber eigentlich Standard in einem modernen Einkaufszentrum», so Rehak. Das EKZ Sonnenplatz wird zwischen Landstrasse und Dorfstrasse in Triesen entstehen. An diesem Schnittpunkt will der Gemeinderat auch einen neuen Treffpunkt schaffen. Die DpL opponiert jedoch gegen die geplante Gestaltung des Bus-Wartebereichs, des öffentlichen WCs, der Veloabstellplätze sowie der Sitzbänke zu. Die baumartige Überdachung mit Betondächern und stammförmigen Mittelstützen samt dem Aussenbereich entsprechender Bepflanzung soll 690 000 Franken kosten. «Wir sehen es nicht als Aufgabe der Gemeinde, die WC-Anlage für ein privates Grundstück zu erstellen», erklärt Rehak. Wie die DpL bereits früher betonte, stünden überdies im Umkreis von 500 Metern des Sonnenplatzes bereits fünf öffentliche WC zur Verfügung. Auch mit den Betonpilzen kann sich die DpL nicht anfreunden. «Meines Erachtens wäre es mindestens nötig, auf nachhaltige Baustoffe zu setzen», sagt Rehak. Es gehe nicht an, dass von Privaten ökologisches Bauen erwartet wird, während die öffentliche Hand dieser Erwartung nicht entspricht. «Genau bei solchen Bauvorhaben müssen Land und Gemeinden die Nachhaltigkeit vorleben. Aber sicher nicht mit Betonpilzen», so Thomas Rehak. (ds)

Impffortschritt in der Bevölkerung

Anteil der Geimpften und Ungeimpften pro Altersgruppe*



Fortschritt bei unter 60-Jährigen

Impfkampagne Knapp 27 Prozent der Bevölkerung sind komplett gegen Corona geimpft. Vor allem in den Altersgruppen der 20- bis 59-Jährigen wurden vergangene Woche deutlich mehr Spritzen gesetzt als in den vergangenen Monaten.

VON DAVID SELE

Mit knapp 2900 verabreichten Impfdosen in der vergangenen Woche macht Liechtensteins Impfkampagne weiter Fortschritte. So wurden zwischen dem 7. und 13. Juni 2256 Erstimpfungen und 640 Zweitimpfungen verabreicht, wie aus den Zahlen des Amtes für Statistik hervorgeht. Am stärksten wurde demnach in den Altersgruppen 40

bis 59 Jahre geimpft. Nominell wie auch gemessen am Bevölkerungsanteil wurden hier die meisten Impfdosen verabreicht. Doch auch bei den 20- bis 39-Jährigen konnte vergangene Woche ein merklicher Fortschritt verzeichnet werden. Am meisten Impfdosen wurden bislang in der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen verabreicht. Doch die 50- bis 59-Jährigen sind nun knapp dahinter, konnten sich vergangene Woche auf den nun zweiten Platz

verbessern. Die Altersgruppe der über 80-Jährigen rutscht im Vergleich zur Vorwoche zwei Plätze nach hinten. Dass sich die bevölkerungsstarken Jahrgänge in der Impftabelle nun zunehmend nach oben bewegen, ist eine notwendige Entwicklung, damit eine hohe Impfquote erreicht werden kann.

42 Prozent einmal geimpft

Bis zum 13. Juni haben über 42 Prozent aller Einwohner Liechtensteins

mindestens eine der zwei nötigen Impfdosen erhalten. Knapp 27 Prozent waren bereits komplett gegen Corona geimpft. Damit wurde in der vergangenen Woche bei den Zweitimpfungen die 10 000er-Marke überschritten. Über die Onlineplattform www.impfung.li haben sich gemäss Gesundheitsministerium bislang rund 15 000 Personen zur Impfung angemeldet. Davon 13 000 haben ihre Termine bereits erhalten.

Ein Parteiaustritt ohne Grund?

Kontrovers Dem Präsidium der Freien Liste scheint nicht bekannt zu sein, weshalb ein Gemeinderat die Partei verlassen und eine stellvertretende Abgeordnete sich aus der Fraktion zurückgezogen hat. Unterschiedliche Auffassungen gibt es bei den «Weissen» mittlerweile aber selbst über Triviales.

VON DAVID SELE

Es mag skurril anmuten. Doch in der Freien Liste herrschen tatsächlich sogar unterschiedliche Auffassungen darüber, wie viele Personen sich denn nun an der Aufarbeitung des internen Parteikonflikts beteiligt haben. Die Mitglieder wurden am Wochenende informiert, dass deren zwei nicht bereit dazu waren, sich von den beauftragten Aufklärern befragen zu lassen. Dies, nachdem das «Volksblatt» berichtet hatte, «einige in den Konflikt involvierte Personen» hätten an den Befragungen nicht teilgenommen. Gegenüber Radio L sprach Interimspräsidentin Helen Marxer nun am Montag ebenfalls von zwei Personen. Diese hätten sich wegen der vermuteten Befangenheit eines Aufklärers verwehrt. Dem «Volksblatt» liegt ein Dokument vor, wonach insgesamt 16 Personen zur Befragung eingeladen werden sollten. Gut informierte Personen berichten übereinstimmend, dass mindestens vier der aufgelisteten Personen die Einladung ausgeschlagen haben. Wie es zu diesen unterschiedlichen Auffassungen in einer doch sehr tri-

vialen Frage - zwei oder vier? - kommen kann, liess sich nicht abschliessend klären. Das Interimspräsidium der Freien Liste war für das «Volksblatt» nicht zu erreichen.

«Es ist nichts Neues vorgefallen»

Interimspräsidentin Helen Marxer wollte mit Radio L - das der Freien Liste im Gegensatz zur «Landespresse» wohlgesonnen sei - «unzensuriert» sprechen, um die Wähler und Sympathisanten der Partei auf den Stand der Dinge zu bringen. Über die Gründe, die den Vaduzer Gemeinderat Stephan Gstöhl bereits Ende Mai zum Parteiaustritt bewegen haben, hätte sie jedoch keine Kenntnis. «Es ist nichts Neues vorgefallen», sagte Marxer. Auch hierzu kursieren diametral andere Darstellungen in Parteikreisen. Stephan Gstöhl selbst äusserte sich bislang nicht. Auch er war für das «Volksblatt» nicht zu erreichen. Und auch über die Ursache, weshalb Stephan Gstöhls Ehefrau - die stellvertretende Landtagsabgeordnete Nadine Gstöhl - derzeit nicht an Fraktionssitzungen teilnehme, scheint Helen Marxer nicht im Bilde - «da weiss man auch nichts Genaueres». Gegenüber dem «Volksblatt» erklärte Nadine Gstöhl vergangene Woche, der innerparteiliche Streit und die Arbeit für die Fraktion derselben Partei lasse sich nicht einfach voneinander abgrenzen. Licht ins Dunkel konnte Helen Marxer hingegen zum weiteren Vorgehen bringen: Die auf den 8. Juli angekündigte Generalversammlung soll lediglich der Konfliktbewältigung dienen. Zudem sei beschlossen worden, dass dort jedes anwesende Mitglied ein Exemplar des Aufarbeitungsberichts erhalten soll. Helen Marxer hofft, dass der Bericht «die Knackpunkte



Die interimistische Co-Präsidentin der Freien Liste, Helen Marxer. (Archivfoto: MZ)

aufzeigt, die dazu führten, dass der Konflikt entstand und immer grösser wurde». Es sei jedoch nicht die Absicht, einen Schuldigen zu finden. «Es gibt sicher mehrere Schuldige», so Marxer. An der Generalversammlung werde dieser Bericht durch die externen Aufklärer vorgestellt. Zudem sollen Statutenänderungen vorgeschlagen werden. Und Zeit für Fragen werde es ebenfalls geben. Die eigentliche ordentliche Generalversammlung soll dann nach den Sommerferien stattfinden. Dort soll ein neuer Vorstand und ein neues Präsidium gewählt werden. Trotz des Konflikts haben sich laut Marxer bereits drei Personen zur Verfügung gestellt, ein «Wackelkandidat» mache seine Kandidatur vom Ergebnis der Aufklärung abhängig.

Existenzielle Krise

Dass die gegenwärtige Krise aber durchaus existenziell für die Freie Liste ist, scheint der interimistischen Parteiführung bewusst. Man sei überzeugt, dass die Mehrheit der Mitglieder «will, dass die Freie Liste weiter bestehe», heisst es in dem E-Mail an die Mitglieder vom Wochenende. Helen Marxer sagte gegenüber Radio

L, dass sie viel Zuspruch für ihre Arbeit erhalte. Doch wie es weitergeht, könne sie auch nicht sagen. Ihr sei klar, dass es weitere Parteiaustritte geben wird. Aber eine Partei, die es seit über 30 Jahren gibt, werde daran nicht zerbrechen. Es sei «Tatsache», dass die Freie Liste trotz des Konflikts sehr gut funktioniert - «also, so gut es eben geht». Dies wurde auch den Parteimitgliedern im E-Mail vom Wochenende nochmals in Erinnerung gerufen: «Die Freie Liste hat eine gute Landtagsfraktion, aktive Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, eine umtriebige Junge Liste, eine gut funktionierende Geschäftsstelle und einen Interimsvorstand, der seinem Auftrag nachkommt.» Letztlich sei die Freie Liste die einzige Partei im links-grünen Spektrum, betonte Helen Marxer im Radio-Interview. Und sie hofft, dass keine neue Partei gegründet wird. Schliesslich wolle man keine Situation wie bei der DU-Spaltung. Die damals neu gegründete DpL hatte nach der Spaltung den Einzug in den Landtag geschafft, während die DU zwar Stimmen abzwackte, aber hochkant rausgeflogen ist.